

Santander muss Millionen an Kunden: Rückzahlungen unzulässiger Gebühren!

Santander Bank erstattet unzulässige Kreditgebühren nach OGH-Urteil. Über 100.000 Verträge betroffen. Details online.



Vienna, Österreich - Die Santander Bank hat reagiert und beginnt, ungerechtfertigte Kreditgebühren zurückzuzahlen. Dies geschieht im Einklang mit einem bedeutenden Urteil des Obersten Gerichtshofes (OGH), das eine Vielzahl von Vertragsklauseln als unzulässig eingestuft hat. Insgesamt sind mehr als 100.000 Verträge betroffen, und es geht um Rückzahlungen in Höhe von „Millionen“ Euro, wie **vienna.at** berichtet.

Im Zentrum der rechtlichen Auseinandersetzung standen unter anderem Kreditbearbeitungsgebühren von bis zu 1,5 % sowie verschiedene zusätzliche Gebühren, die von der Bank erhoben wurden. Der OGH erklärte, dass diese Klauseln nicht zulässig

seien, da sie für den Verbraucher intransparent und unklar sind. Notwendige Gebühren für Dienstleistungen, die nicht klar definiert sind, wurden ebenso abgelehnt, sodass viele Kreditnehmer nun auf Geldrückzahlungen hoffen können.

Rückzahlungsmodalitäten und Informationen für Kunden

Kunden, deren Verträge betroffen sind, sollten auf die aktive Information auf der Homepage der Bank zugreifen. Für bereits beendete Verträge ist ein Antrag auf Überprüfung erforderlich; hierfür steht ein entsprechendes Formular online zur Verfügung. Anfragen können über die eingerichtete Hotline unter der Nummer 05 0203 2650 gestellt werden, wie **diepresse.com** berichtet.

Die Entscheidung des OGH basiert auf einer Klage der Arbeiterkammer (AK), die die unzulässigen Gebühren angefochten hat. Gabriele Zgubic von der AK Wien bemerkte, dass die tatsächlichen Leistungen, die den Gebühren gegenüberstehen, oft unklar sind, was die Rückforderungen zusätzlich kompliziert macht. Die AK plant deshalb Gespräche mit verschiedenen Banken, um die Rückzahlungen an die Kunden zu erleichtern.

Unzulässige Gebühren im Detail

Zu den als unzulässig erachteten Gebühren gehören unter anderem:

- Einmalige Kreditbearbeitungsgebühren
- Kontoführungsgebühren
- Gebühr von 12 Euro für erfolglose Lastschriftinzüge
- Zusätzliche Gebühren, die laut Preisaushang anfallen können
- Vertragsklauseln zu Verzugszinsen

Betroffene Verbraucherkreditverträge wurden überwiegend zwischen 2015 und Herbst 2023 abgeschlossen, jedoch sind auch frühere und spätere Verträge darunter. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass viele Menschen in Österreich Ansprüche auf Rückerstattungen geltend machen können, was über die **cashper.at** auch thematisiert wird. Diese Rückerstattungsansprüche können bis zu 30 Jahre rückwirkend geltend gemacht werden.

Für Verbraucher bleibt es wichtig, ihre Kreditverträge genau zu prüfen und gegebenenfalls bei Instanzen wie dem Europäischen Konsumentenschutzverein (EKV) Unterstützung zu suchen. Auch für Kredite, die bereits getilgt wurden, besteht die Möglichkeit, Ansprüche zu erheben. In diesem Zusammenhang fordert der Verbraucherschutzverein auch Rückzahlungen von anderen Banken, etwa der Bawag.

Das OGH-Urteil setzt einen wichtigen Schritt in der Richtung, Transparenz und Fairness im Finanzsektor zu fördern und könnte noch weitreichende Folgen für andere Banken und deren Gebührenpolitik haben.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.diepresse.com • www.cashper.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at